

# VORWORT

Wasser, öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Bildung sind essentielle Lebensgrundlagen für alle österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie flächendeckend in hochwertiger Qualität und zu günstigen Kosten allen Menschen bereitzustellen, war und ist zentrale Aufgabe der Politik. Dazu gibt es auch ein eindeutiges Bekenntnis der AK.

In den letzten Jahren erleben wir aber eine schrittweise Abkehr von der bewährten öffentlichen Bereitstellung dieser Güter und Dienstleistungen. "Mehr Privat - weniger Staat" scheint zur unhinterfragten Devise der Politik geworden zu sein. Im blinden Vertrauen auf die Selbstregulierung des Marktes werden öffentliche Dienste schrittweise liberalisiert und privatisiert. So geschehen bei der Telekommunikation, von Strom und Gas, der Post, dem Schienenverkehr. Mittlerweile gibt es sogar Pläne der EU, auch den öffentlichen Nahverkehr (Bus, Bim, U-Bahn) und die Wasserversorgung zu liberalisieren. Ähnliche Entwicklungen gibt es im Bereich der Gesundheits- und sozialen Dienste.

Entgegen der gebetsmühlenartigen Versicherungen der Liberalisierungsbefürworter, dass günstige Preise und höhere Qualität der Dienstleistungen die Folgen von Liberalisierungen und Privatisierungen wären, zeigen erste Erfahrungen, dass diese Versprechungen einer eingehenden Überprüfung in der Regel aber nicht standhalten.

Die AK hat sich daher dazu entschlossen, im Rahmen einer Reihe von Untersuchungen eine umfassende Evaluierung der ökonomischen und sozialen Auswirkungen von Liberalisierungen bzw. Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen durchzuführen. Mit der vorliegenden Studie zum aus Sicht der Arbeitnehmer zentralen Thema der Auswirkungen von Liberalisierung auf Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen wird dazu der Anfang gemacht.

Die AK wird die Arbeit an diesem für Arbeitnehmer und Verbraucher so wichtigen Thema konsequent fortsetzen. Wir stehen auch weiterhin zu einer leistbaren, hochwertigen, flächendeckenden Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen, die effizient und unter fairen Bedingungen für die Beschäftigten erbracht werden sollen.

Herbert Tumpel  
AK Präsident